

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1918

20. Sitzung (30.04.1884)

urn:nbn:de:bsz:31-28968

Zwanzigste öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 30. April 1884.

Gegenwärtig:

Die in der vorigen Sitzung anwesenden Mitglieder sowie Seine Durchlaucht Fürst zu Löwenstein, die Herren Prälat Dr. Doll, Freiherr von Bodman, Graf von Verlichingen und Fabrikant Faller; abwesend jedoch die Herren Freiherr von Hornstein, Freiherr E. A. von Göler, Geheimerath Dr. Schulze, Geheimerath Dr. Knies, Geheimer Hofrath Dr. Sonntag und Fabrikant Sander.

Von Seiten der Regierungskommission:

Der Präsident des Großherzoglichen Ministeriums des Innern, Herr Staatsminister Turban, später der Präsident des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Herr Koll.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten, Herrn Karl Freiherrn von Rüd-Collenberg.

Entschuldigt sind: Geheimerath Dr. Schulze, Geheimerath Dr. Knies, Geheimer Hofrath Dr. Sonntag, Freiherr von Hornstein und Sander. Ferner ist dem Freiherrn Ernst August von Göler, wegen seiner nothwendigen Anwesenheit in Berlin als Reichstagsmitglied, ein vierzehntägiger Urlaub bewilligt worden.

Eingelaufen ist eine Mittheilung des Präsidiums der Zweiten Kammer über den angenommenen Gesetzentwurf, die Staatsbeiträge zu den Gehältern der Volksschullehrer betreffend,

Beilage Nr. 303;

ferner ein Schreiben des Präsidenten des Großherzoglichen Staatsministeriums, wonach Seine Durchlaucht Fürst Erwin von der Leyen mit dem 31. März d. J. das denselben zum Eintritt in die Erste Kammer berechnende Alter der Volljährigkeit erreicht hat,

Beilage Nr. 302 (ungedruckt).

Die Tagesordnung führt zur Erstattung und Berathung des Berichts über den Gesetzentwurf, die gewerbmäßige Ausübung des Hufbeschlags betreffend. Der von Graf von Kageneck verlesene Kommissionsbericht schließt mit dem Antrage auf Annahme des Gesetzentwurfs nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Es wird Berathung in abgekürzter Form genehmigt. Zur Generaldiskussion nimmt das Wort

Graf von Verlichingen: Das vorliegende Gesetz sei freudig zu begrüßen. Allerdings werde dasselbe seine volle Wirkung erst nach einer Reihe von Jahren äußern können, da wir gegenwärtig 2088 nicht geprüfte Hufschmiede im Lande hätten, welche dem Prüfungszwange auch künftig nicht unterlägen. Während Baden unter allen deutschen Staaten unstreitig die beste Veterinärpolizei besitze, sei das Hufbeschlaggewerbe in unserem Lande gegen früher bedeutend zurückgegangen. Welche

Bedeutung anderwärts diesem Gewerbe beigelegt werde, zeige die Thatsache, daß in Oesterreich unter dem Protektorate des Kronprinzen eine Konkurrenz für Hufschmiede ausgeschrieben und ein Preis von 500 Gulden für das beste Beschlåg ausgesetzt worden sei. Daß die Großherzogliche Regierung die Gewährung von Stipendien an Böglinge der Hufbeschlågsschulen, sowie Unentgeltlichkeit des Unterrichts in Aussicht genommen habe, sei dankbar anzuerkennen. Was die Zahl dieser Schulen betreffe, so schienen ihm vier nicht auszureichen, es sollten mindestens acht sein; dabei bitte er namentlich den Odenwald zu berücksichtigen, wo wegen der schlechteren Wege das Vieh stärker als anderswo strapazirt werde. Die in Aussicht genommene dreimonatliche Dauer der Kurse werde nach seinem Dafürhalten nicht genügen. Die seitens der Zweiten Kammer in den Entwurf aufgenommene Dispensbefugniß, gegen welche er an sich nichts einzuwenden hätte, werde dazu führen, daß die Großherzogliche Regierung mit Dispensgesuchen bestürmt werde; er hoffe jedoch, daß dieselbe nur ganz ausnahmsweise Nachsicht gewähren werde. Letztere wäre beispielsweise gerechtfertigt, wenn in der ganzen Gegend ein geprüfter Hufschmied nicht vorhanden sei; wenn dagegen ein solcher nur in der betreffenden Gemeinde fehle, während in einer benachbarten Gelegenheit zu ordnungsmäßigem Hufbeschlåg geboten sei, so liege ein Grund zur Dispensbewilligung nicht vor. Wenn die Großherzogliche Regierung für energische Durchführung des Gesetzes Sorge, zweifle er nicht, daß dasselbe gute Früchte tragen werde.

Staatsminister Turban erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners im Großen und Ganzen einverstanden. Nur die eine Behauptung könne er nicht unwidersprochen lassen, daß das Hufbeschlåggewerbe seit Einführung der Gewerbefreiheit einen Rückgang erfahren habe. Die früheren Meister hätten ebensowenig eine ausreichende Unterweisung im rationellen Hufbeschlåg zu geben vermocht, als die jetzigen. Die erforderliche theoretische und praktische Ausbildung von Hufschmieden könne nur in Schulen erzielt werden, wie sie nunmehr errichtet werden sollten. Der diesbezügliche Plan sei, insbesondere auch hinsichtlich der Zahl der einzurichtenden Schulen, unter der Mitwirkung des von dem Herrn Vorredner mit Auszeichnung erwähnten Ministerialreferenten für das Veterinärwesen, festgestellt worden. Die Zahl von vier Schulen sei als hinreichend erschienen, weil in der ersten Zeit die Anmeldungen voraussichtlich

nicht sehr zahlreich einlaufen würden. Sollte die Erfahrung zeigen, daß vier Schulen nicht genügten, so könnten im nächsten Budget die Mittel für eine Vermehrung derselben angefordert werden. Was die Dispensertheilung betreffe, könne er gern die Versicherung geben, daß die Großherzogliche Regierung nur aus besonders triftigen Gründen eine solche eintreten lassen werde.

Zur Spezialdiskussion meldet sich kein Redner. Bei der namentlichen Abstimmung wird das Gesetz nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer einstimmig angenommen.

Die Berathung des Gesetzesentwurfs über die Staatsbeiträge zu den Gehältern der Volksschullehrer wird auf den Wunsch der Schulkommission von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Haus geht hierauf zur Berathung des Namens derselben Kommission von Hofrath Dr. Virnbäum erstatteten Berichts über einige Fragen aus dem Gebiete des Mittelschulwesens über.

Beilage Nr. 287.

Die Kommission hat unter dankbarer Anerkennung des bisherigen Entgegenkommens der Schulverwaltung gegenüber den Wünschen der Landesvertretung zwei Punkte herausgegriffen, bezüglich welcher weitergehende Zugeständnisse gewünscht werden: es solle nämlich die Stundenzahl auch in Quarta und Tertia der Gymnasien und Realgymnasien sowie in allen Klassen der sechsklassigen Höheren Bürgerschulen auf das von dem Landesgesundheitsrath empfohlene Maximum von 28 Wochenstunden herabgemindert und den Schulvorständen sämmtlicher Mittelschulen (nicht bloß der Realgymnasien und Höheren Bürgerschulen) ein Beirath aus bürgerlichen und staatsbürgerlichen Elementen beigegeben werden.

Der Berichterstatter bemerkt hiezu, daß in beiderlei Beziehung die Kommission einstimmig gewesen sei, daß jedoch für den zweiten Wunsch von den einzelnen Mitgliedern theilweise von einander abweichende Gründe geltend gemacht worden seien. Er für seine Person hege die Erwartung, daß, wenn für die Gymnasien Beiräthe aus bürgerlichen Elementen beigegeben würden, das bedauerliche Uebergewicht der philologischen Richtung an diesen Anstalten eine Zurückdrängung erfahren werde. Gegenwärtig sei der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht an den Gymnasien zu wenig berücksichtigt. Deshalb brächten die Gymnasialabiturienten für die in heutiger Zeit so überaus wichtigen technischen Berufsarten eine ausreichende Vorbildung nicht mit.

Er wünsche übrigens nicht etwa eine Vernachlässigung des sprachlichen Unterrichts, sondern sein Vorschlag zur Abhilfe bestehe darin, daß, während der Unterrichtsgang in den unteren Klassen sämtlicher Mittelschulen einheitlich zu gestalten wäre, in den oberen Klassen der Gymnasien eine Zweitheilung dahin einzutreten hätte, daß der sprachliche Unterricht für die künftigen Philologen und Juristen, der mathematisch-naturwissenschaftliche dagegen für die künftigen Techniker und Mediziner eingerichtet würde. Nur auf diese Weise lasse sich das Verlangen der Aerzte nach einer Verminderung der Stundenzahl und das diesem gegenüberstehende Bedürfnis nach einer Verminderung der Studien gleichzeitig befriedigen.

In den größeren Staaten hätten die technischen Hochschulen einen verschiedenen Schulplan für die Gymnasial- und für die Realschul-Abiturienten. Bei erstern werde z. B. in München ein volles Studienjahr mehr verlangt. In Folge dessen gingen dort nur Abiturienten der Realgymnasien zum Polytechnikum über. Bei uns jedoch lasse sich etwas derartiges nicht durchführen; da wir im ganzen Lande nur zwei vollständige Realgymnasien hätten, müsse auch auf den Zugang der Gymnasialabiturienten zur technischen Hochschule gerechnet und es könnten deshalb diese nicht ungünstiger behandelt werden als die Abiturienten der Realgymnasien. Uebrigens sei auch die Vorbildung der letzteren keineswegs befriedigend. Es fehle ihnen die harmonische Vorbereitung für die Aufnahme des höheren Unterrichts. Nach seiner Ansicht sollten die Realgymnasien in ihrer heutigen Gestalt nicht bestehen bleiben, sondern zu Gunsten der Gymnasien mit Zweitheilung in den oberen Klassen beseitigt werden. Der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht, wie er gegenwärtig an den Gymnasien betrieben werde, könne um so weniger genügen, als nach der im Jahre 1879 stattgefundenen Erhöhung der Anforderungen an die Vorbildung der Techniker die Dauer der Fachstudien auf der technischen Hochschule fast durchweg um ein Jahr verkürzt worden sei. Aber selbst an den Realgymnasien sei der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht gegen früher zurückgetreten. Es habe nämlich die Zahl der Wochenstunden betragen

	1868	1879	1883
für Latein	40	51	56
„ Mathematik	49	52	47
„ Naturwissenschaften	28	27	22.

Die Abiturienten der Realgymnasien seien dadurch, abgesehen von dem Mangel der harmonischen Vorbil-

dung, der mangelhaften Vorbereitung der Gymnasialabiturienten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen nähergekommen. Redner giebt schließlich nochmals seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß durch das Institut der Beiräthe eine Wendung zum Bessern herbeigeführt werde, und bittet deshalb um Annahme des Kommissionsantrages.

Geheimer Hofrath Dr. von Holz stimmt mit den Aeußerungen des Vorredners über das Unterrichtssystem an unsern Mittelschulen nicht vollkommen überein, will jedoch hierauf nicht näher eingehen, sondern nur konstatiren, daß auf diesem Gebiete in der That eine Frage vorhanden sei, welche schon seit 2 Jahrzehnten ventilirt werde, in neuerer Zeit aber einen immer dringlicheren Charakter angenommen habe. Wenn er nun auch seinerseits der Bildung von Beiräthen zustimme, so geschehe es darum, weil er von dieser Einrichtung eine wesentliche Klärung der schwebenden Frage erwarte. Wenn die Lehrerkollegien und Vorstände der betreffenden Anstalten der fraglichen Neuerung widerstrebten, so wisse er dies vollkommen zu würdigen. Denn ganz gewiß gebe es nur wenige Gebiete, auf welchen man sich vor dem Eingreifen unberufener Hände so sehr hüten müsse, wie auf dem des Unterrichts. Er verstehe es deshalb, wenn unser Lehrerstand, welcher stets mit opferwilliger Hingabe und mit großem Erfolge an den Fundamenten des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes gearbeitet habe, sich gegen die Mitwirkung und Mitbestimmung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Elemente ablehnend verhalte. Es sei jedoch eine bekannte Erfahrung, daß bei jedem in sich abgeschlossenen Berufe sich ein gewisser Priester- oder Kastengeist ausbilde. Es sei dies ganz naturgemäß und es liege ihm durchaus ferne, etwas Berlegendes damit auszusprechen. Nun werde ja das Urtheil der Sachverständigen immer sehr geschätzt bleiben, indessen sei man bereits seit mehr als hundert Jahren davon abgekommen, dasselbe als ausschlaggebend anzusehen. Diese Entwicklung zeige sich durchgehends in unserem Staatsleben, vor Allem in der Ergänzung der Regierung durch die Wirksamkeit der Volksvertretung, aber auch in einer Reihe anderer Einrichtungen. Auch auf diesen Gebieten treffe das Dichterwort zu: „Was kein Verstand der Verständigen sieht, das fühlet in Einfalt ein kindlich Gemüth“. Daß die Mängel unseres Schulwesens vielfach daher rührten, daß die Beurtheilung desselben auf zu exklusive Kreise beschränkt bleibe, sei jetzt öffentliche Meinung, und dieser werde jedenfalls Rechnung getragen

werden müssen. Die Bedenken, welche die Schulbehörden und Schulvorstände gegen die Errichtung von Beiräthen hegten, halte er für übertrieben. Wenn dieselben davon eine Lockerung der Disziplin befürchteten, so erwarte er gerade das Gegentheil. Es werde Aehnliches geschehen wie bei den Bezirksräthen: wie diese auf den Amtsvorstand, so würden die Laien in den Schulbeiräthen durch geraume Zeit zuerst auf die Meinung des Direktors sehen und ihrem eigenen Urtheil eher zu wenig vertrauen als zu viel. Bei der Allgemeinen Hochachtung vor unserem Lehrstande lasse sich dies mit Sicherheit voraussagen. Hier und da würden allerdings Schwierigkeiten sich ergeben; dieser Umstand dürfe jedoch kein Grund sein, von der fraglichen Rennerung abzusehen, denn in jedem Falle werde sie einen besseren Fluß in der Mittelschul-Frage, eine genauere Erkenntniß der Sachlage und eine Klärung der Ansichten über die nothwendigen Reformen zur Folge haben. Viel müßiges Geschwätz, viel unbegründete Kritik werde dann verstummen. Er wünsche deshalb, daß die Schulverwaltung ihre Bedenken recht bald überwinden möge. Je länger das Zugeständniß der Beiräthe vorenthalten werde, desto mehr fürchte er, daß ein Element der Verbitterung sich einmischen und bei schließlicher Durchjegung des Verlangens das Gefühl sich herausbilden könnte, einen Sieg über die widerstrebenden Schulmänner erfochten zu haben. Im Interesse einer konservativen Behandlung der Frage wünsche er aber, daß die Entscheidung in U e b e r e i n s t i m m u n g mit den Autoritäten auf diesem Gebiete, den Schulbehörden und Schulvorständen, erfolge.

Prälat Dr. Doll konstatiert zunächst, daß eine größere oder geringere Unzufriedenheit mit der Gestaltung und Durchführung unseres Mittelschulwesens in weiten Kreisen hervorgetreten sei. Er möchte jedoch vor Allem die Art durchaus ablehnen, in welcher vielfach in Zeitungen und Broschüren aus Unkenntniß und Urtheilslosigkeit eine abfällige Kritik an unseren Mittelschulen geübt worden sei. So habe man diesen vielfach Erscheinungen zur Last gelegt, welche nicht in Einrichtungen der Schule, sondern in außerhalb derselben liegenden Verhältnissen wurzelten. Die Mittelschulen seien unschuldig an dem stärkeren Zudrang zu den humanistischen Studien, an der hierdurch erzeugten Ueberfüllung der Klassen und der aus letzterer sich ergebenden Unmöglichkeit einer individualisirenden Behandlung der Schüler. Ebensovienig könne die Bersplitterung und Ueberreizung unserer Jugend durch gesellschaftliche Vergnügungen, Musik- und

Tanzstunden, Theaterbesuch, Kneipleben und Derartiges der Schule zugeschrieben werden. Auch das Institut des einjährig-freiwilligen Dienstes, welches so viele Unzuträglichkeiten gerade für die Mittelschulen im Gefolge habe, sei nicht von den letzteren verschuldet. Gegenüber den Ausführungen des Berichterstatters weist Redner darauf hin, daß die Aufgabe der Gymnasien nicht bloß darin bestehe, ihre Schüler für den späteren Beruf vorzubilden, sondern auch ganz abgesehen von letzterem, für die Heranbildung von Männern zu sorgen, welche geeignet seien, die Träger unseres ganzen Kulturlebens zu sein. Für diesen Zweck erscheine aber der sachmäßige Unterricht in Mathematik bei weitem nicht so wichtig, als der Unterricht in Sprachen und Naturwissenschaften, ganz abgesehen davon, daß der Unterricht in Latein auch ein nothwendiges Erforderniß für sämtliche Fachwissenschaften bilde.

Aber auch er habe an dem heutigen Gymnasialunterricht Manches anzusetzen. Es komme in den Gymnasien hauptsächlich darauf an, daß die Kunst des Lernens und Studirens gelehrt, die nöthige Empfänglichkeit für die Aufnahme des späteren sachlichen Lehrstoffes bei dem Schüler erzielt werde. Hierzu sei vor Allem ein volles Erfassen des klassischen Unterrichts und der früheren Kulturepochen nothwendig. Gerade von diesem Standpunkte aus müsse er denen beitreten, welche beklagen, daß die körperliche Frische der Schüler im Niedergang begriffen sei, daß in Bezug auf den klassischen Unterricht das rein formale Element überwiege und daß die Verstandesbildung zu sehr bevorzugt werde gegenüber der harmonischen Ausbildung der Schüler, insbesondere gegenüber der Entwicklung ihrer Gemüthsanlagen.

Es seien nun allerdings sehr dankenswerthe Aenderungen durch neuere Verfügungen der Schulverwaltung getroffen worden. Besondern Werth lege er auf die Erweiterung der Notenstala, da er in derselben den Gedanken ausgedrückt finde, daß mehr als bisher das Mittelmaß des Könnens als befriedigend angesehen werden solle. Einen weiteren Fortschritt erblicke er darin, daß die schriftlichen Uebersetzungen aus dem Deutschen in die Fremdsprachen sich mehr an die Lektüre anschließen sollen. Nach Redners Ansicht dürfte von den Uebersetzungen aus dem Deutschen in's Griechische gänzlich abgesehen und bei der griechischen Lektüre das Eingehen auf grammatikalische Details bei Seite gelassen werden. Zu begrüßen sei es, daß auf die Hausarbeiten wieder mehr Werth gelegt werde. In

Bezug auf das Hineinpressen des Unterrichts in die Lehrstunden sei des Guten zuviel geschehen, die Anspannung der Hirnthätigkeit der Schüler sei zu groß, manche derselben kämen bei dieser Methode nicht mehr mit, welche bei ruhiger Hausarbeit, wo sie nicht getrieben würden, ganz Befriedigendes leisteten.

Er könne hiernach nur wünschen, daß die ergangenen Verfügungen nicht bloß provisorische bleiben, sondern in definitive Anordnungen umgewandelt würden.

Was die Frage der Beiräthe betreffe, so schide er voraus, daß er von der größten Hochachtung gegen die Männer, welche unser Mittelschulwesen leiteten, erfüllt sei. Bei den Prüfungen der Theologen habe er jeweils mit größter Genugthuung gesehen, mit welcher Pietät die Kandidaten der Gymnasialzeit gedachten und welche Anhänglichkeit sie gerade denjenigen Männern gegenüber bekundeten, welche in den Erörterungen der Presse über die Zustände unserer Mittelschulen die meisten Anfechtungen erfahren hätten. Gleichwohl aber stimme er dem Vorschlage, daß auch an den Gymnasien Beiräthe aus nicht fachmännischen Elementen gebildet werden sollen, vollkommen bei. Die Bedenken, die von den Schulmännern gegen diese Einrichtung gehegt würden, halte er für nicht begründet; er besorge nicht, daß die Beiräthe der Verweichlichung und der Indisziplin der Schüler das Wort reden würden. Er erwarte vielmehr, daß sie ernstlich bestrebt sein würden, mit Hand anzulegen an die Arbeit der Schule und so deren Segen zu fördern.

Ministerialpräsident Noll dankt den Vorrednern für die Anerkennung der Bemühungen der Großherzoglichen Regierung, den Wünschen der Volksvertretung auch auf dem vorwärtigen Gebiete entgegenzukommen, besonders aber dem Herrn Prälaten für das dem opferwilligen und von den besten Intentionen geleiteten Wirken der Schulmänner gespendete Lob. Auf Einzelnes eingehend bemerkt Redner zunächst bezüglich der Herabsetzung der Stundenzahl, daß die Großherzogliche Regierung auch für Quarta und Tertia (obgleich die jetzt eingeführte Stundenzahl für diese Klassen zu den geringsten in ganz Deutschland gehöre) darin noch weiter zu gehen wünsche, jedoch zunächst noch weitere Erfahrungen zu sammeln beabsichtige. Uebrigens wolle er nicht unerwähnt lassen, daß bald nach der Reduktion der Stundenzahl mehrere Väter aus den gebildetsten Ständen sich persönlich bei ihm beschwert hätten, daß ihre Söhne jetzt zu wenig in Anspruch genommen seien.

Was die Frage der Beiräthe betreffe, so beabsichtige die Großherzogliche Regierung in keiner Weise, dieselbe zu umgehen oder zu verschleppen, vielmehr werde sie auch hier die Initiative in der Hand behalten. Sollten die Erfahrungen mit der neuen Einrichtung bei den Realanstalten sich als günstig erweisen, so werde die Großherzogliche Regierung, welche dem Gedanken der Heranziehung nichtfachmännischer Elemente an sich freundlich gegenüberstehe, nicht einen Augenblick zögern, die Neuerung auch auf die Gymnasien auszudehnen.

In Bezug auf die Berücksichtigung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts sei seit 1864 ein bedeutender Fortschritt zu konstatiren. Die Schwierigkeit liege jedoch darin, daß man unter Wahrung der körperlichen und geistigen Frische der Schüler sowie unter voller Beibehaltung des klassischen Unterrichts gleichzeitig für Mathematik und Naturwissenschaften immer mehr Raum schaffen wolle. Um auch dieser Richtung möglichst gerecht zu werden, habe man 1868 die Realgymnasien geschaffen und den Lehrplan derselben unter Mitwirkung der Vertreter der technischen Wissenschaften festgestellt. Schon bald nachher aber habe man die Klage vernommen, daß die Abiturienten der Realgymnasien zwar in Mathematik und Naturwissenschaften besser vorgebildet seien als die Gymnasialabiturienten, dagegen den letzteren in Bezug auf harmonische Ausbildung nachstünden. Eine Bifurkation der Gymnasien mit Rücksicht auf den späteren Beruf der Schüler, wie sie der Herr Berichterstatter im Auge habe, würde gegen das Grundprinzip dieser Anstalten verstoßen. Nichtiger erscheine es, die Einheitlichkeit des Gymnasiums zu wahren, daneben aber die besonders für die Techniker bestimmten Mittelschulen beizubehalten, wobei Vorschläge zur Reorganisation der letzteren nicht ausgeschlossen wären.

Dem Prälaten Dr. Doll stimmt Redner darin bei, daß zu großer Werth auf die grammatikalische Ausbildung nicht gelegt werden dürfe und daß im Griechischen die Lektüre die Hauptsache bilden müsse. Andererseits werde jedoch zugegeben sein, daß auf grammatikalisches Verständniß der Sprache nicht verzichtet werden könne, wenn man nicht schädliches Halbwissen fördern wolle. Die griechischen Skripturen dürften in dem durch die ergangenen Verfügungen bezeichneten Umfange wohl beibehalten werden können. Sollte sich aber das Gegentheil herausstellen, so würden dieselben fallen gelassen werden.

Zum Schlusse faßt Redner seine Ausführungen dahin zusammen, daß eine wesentliche Differenz zwischen den Anschauungen des Hohen Hauses und denen der Großherzoglichen Regierung nicht bestehe. Er anerkenne, daß ein Abschluß, soweit von einem solchen auf dem vorwüflichen Gebiete überhaupt gesprochen werden könne, noch nicht erzielt sei, die Großherzogliche Regierung werde jedoch bemüht sein, die obschwebenden Fragen im Einverständnis mit den Wünschen der beiden Kammern einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Nach einem Schlußworte des Berichterstatters wird hierauf die von der Kommission beantragte Erklärung zu Protokoll:

„es ist wünschenswerth, daß den Schulvorstän-

den sämtlicher Mittelschulen Beiräthe aus bürgerlichen und staatsbürgerlichen Elementen beigegeben werden und wird — unter Vorlage des hierwegen erstatteten Kommissionsberichts — der Großherzoglichen Regierung wiederholt zur Erwägung gegeben, daß der Verwirklichung des bezeichneten Wunsches näher getreten werde“

von dem Hause einstimmig angenommen.

Der Präsident erklärt hierauf die Sitzung für geschlossen.

Zur Beurkundung:

Die Sekretäre:

K. von Stoeffler.

K. Graf von Helmstatt.